



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

dbb Gewerkschaftstag 2022 **„Staat. Machen wir!“**

Ulrich Silberbach

Bundvorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion

Grundsatzrede Öffentliche Veranstaltung

Berlin, 29. November 2022

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
herzlich Willkommen beim dbb Gewerkschaftstag.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
wir wissen, dass Sie heute aufgrund wichtiger Verpflichtungen leider nur kurz bei uns sein können.

Daher will ich gleich zur Sache kommen:

„Into the unknown“ – die gerade gespielte Melodie beschreibt die Zeit, nach dem 24. Februar 2022, die Sie, Herr Bundeskanzler, als Zeitenwende markiert haben.

Ins Unbekannte, weil Frieden, Freiheit, Menschenwürde und sozialer Wohlstand als Gewissheiten von Generationen über Nacht verloren gingen.

Ins Unsichere sind wir gerade alle gemeinsam unterwegs. Kostenexplosion, Corona-Krise, Krieg und Klimawandel: Das Land, ja die ganze Welt, hat mit vielen Krisen gleichzeitig zu kämpfen.

Die Menschen im Land brauchen deshalb dringend Halt – wahrscheinlich dringender denn je.

Gleichzeitig hält nur noch ein Drittel der Bevölkerung den Staat für handlungsfähig, das hat unsere dbb Bürgerbefragung im Herbst gezeigt. Das ist gefährlich. Am langen Ende für die Demokratie selbst.

Herr Bundeskanzler, von Ihnen stammt der vielzitierte Satz „Wer bei mir Führung bestellt, bekommt sie auch“. Diese Führung brauchen das Land und die Menschen jetzt!

Zur Wahrheit gehört aber: Politische Führung verpufft ohne eine funktionierende Verwaltung, ohne einen leistungsstarken öffentlichen Dienst. Staat braucht das eine wie das andere.

Staat, Herr Bundeskanzler, **machen wir** – am besten gemeinsam!

Allerdings: Im Bereich des öffentlichen Dienstes haben wir im ersten Jahr der Ampel-Koalition diese Gemeinsamkeit – und ich muss es so deutlich sagen: manchmal auch Führung – immer wieder schmerzlich vermisst!

Das gilt konkret für den Bund:

- Besoldung und Versorgung? Sind nicht verfassungsgemäß. Konkretes bleibt in der Schublade des BMI.
- Die Wochenarbeitszeit der Bundesbeamtinnen und Beamten? Nach 16 Jahren immer noch nicht reduziert, trotz vielfacher Versprechen.

Und für die gesamte Öffentliche Verwaltung:

- Die Digitalisierung der Verwaltung? Hochglanz für die Galerie, aber im internen Workflow tragen wir immer noch Papierakten durch oftmals marode Dienstgebäude.
- Der Fachkräftemangel? Der demografische Wandel? Politik nimmt mit ihren Strategien die Privatwirtschaft in die Pflicht, hat aber keine für ihre eigenen Behörden.

Diese Probleme im öffentlichen Dienst sind nicht vom Himmel gefallen, sie beschäftigen uns schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten. Aber in Krisenzeiten rächen sie sich doppelt und dreifach.

Deutschland hat aktuell nur eine Schön-Wetter-Daseinsfürsorge!

Aber wir brauchen erst recht nach der Zeitenwende auch eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes.

Der nationale Normenkontrollrat fasst es so zusammen: Zukunftsfester Staat = weniger Bürokratie, praxistaugliche Gesetz und leistungsfähige Verwaltung.

Deshalb waren wir froh, dass die Ampel-Parteien vor einem Jahr in ihrem Koalitionsvertrag schon in der Präambel eine Modernisierung des Staates festgeschrieben und so auch gleich das erste Kapitel überschrieben haben. Passiert ist seitdem allerdings weit weniger als erhofft.

Nun werden Sie sagen, dass in diesen dramatischen Zeiten kaum alle Probleme des Landes gleichzeitig gelöst werden können. Und es ist tatsächlich nicht von der Hand zu weisen: Die Herausforderungen sind riesig.

Aber – ich sagte es bereits – Politik funktioniert nicht ohne Exekutive! Ohne Menschen, die Staat machen! Gerade in der Krise! Diese einfache Wahrheit muss endlich in alle Köpfe!

Nach der Bazooka, dem Wumms und dem Doppelwumms müssen wir feststellen, dass enorme Finanzmittel von insgesamt über 500 Milliarden Euro zur Bewältigung der vielfältigen Krisen aufgerufen wurden. Das ist zunächst einmal gut und richtig.

Aber: Das Geld muss ja auch bei den Menschen ankommen. In den Kommunen müssen jetzt mehrere hunderttausend Wohngeld-Anträge zusätzlich bearbeitet werden. In den Finanzämtern sind es gleichviele Grundsteuererklärungen.

Hier rächen sich Personalmangel und fehlende Digitalisierung ganz konkret.

Außerdem erlaube ich mir die Bemerkung: Es darf nicht sein, dass diese Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, also Beschäftigte des Staates, wegen geringer Einkommen selbst auf Wohngeld angewiesen sind und am Ende ihre eigenen Anträge bearbeiten müssen. Das nur als kurzer Hinweis mit Blick auf das Thema amtsangemessene Alimentation und die anstehende Einkommensrunde mit Bund und Kommunen. Geben Sie das Frau Faeser und auch Herrn Lindner bei Gelegenheit schon mal mit... Wir werden sie auf jeden Fall daran erinnern!

Beispiel „Bürgergeld“: Hier haben wir diese Probleme ebenso... eigentlich noch viel schlimmer. Die finale politische Entscheidung ist gerade eben, Ende November gefallen. Und den Menschen im Land haben Sie versprochen, dass das ganze Projekt zum 1. Januar rechtssicher umgesetzt ist.

Ich weiß nicht, wann Sie zuletzt mit den Kolleginnen und Kollegen von der Arbeitsagentur und den Jobcentern gesprochen haben... vielleicht machen wir beide mit Herrn Heil und Frau Nahles dort mal einen gemeinsamen Termin. Denn die Stimmung bei den Beschäftigten, so viel kann ich schon verraten, ist aktuell im Keller.

Herr Bundeskanzler, mit solchen Aktionen wie der verschleppten Umsetzung des Wohn- oder Bürgergelds wird – meines Erachtens leichtfertig – das Vertrauen der Bevölkerung und das der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Staat weiter verspielt! Und das gerade in der Krise!

Und da haben wir von Mammutaufgaben wie der Sanierung unserer in weiten Teilen maroden Infrastruktur oder der Energiewende und Klimaschutz noch gar nicht gesprochen!

Herr Bundeskanzler, das Motto unseres Gewerkschaftstages ist „Staat. Machen **wir!**“. Das ist durchaus selbstbewusst gemeint, mit Betonung auf „wir“. Denn ich hoffe, es wurde deutlich: Ohne die Menschen im öffentlichen Dienst ist keine Krise zu meistern.

Das Motto ist aber auch als Einladung an Sie und alle Politikerinnen und Politiker im Land gemeint, endlich anzupacken. „Staat. Machen wir!“ Wie gesagt: Am besten gemeinsam, denn anders geht es nicht!

Unbekanntes liegt genug vor uns, Herr Bundeskanzler. Schaffen Sie dringend Klarheit! Vielleicht haben Sie uns ja heute schon etwas mitgebracht, darauf sind wir gespannt. Herr Bundeskanzler, Sie haben das Wort.

Sehr geehrte Gäste,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe eingangs einige der vielen Krisen benannt, die die Welt im Moment in Atem halten: Kostenexplosion, Corona-Pandemie, Krieg und Klimawandel. Und ich habe deutlich gemacht, dass sie sich nur mit klarer politischer Führung und funktionierender Daseinsvorsorge gemeinsam bewältigen lassen.

Eine der Krisen will ich an dieser Stelle noch einmal gesondert herausgreifen. Weil sie grundlegender und stetiger unser Leben beeinflusst, als viele von uns sich das heute vorstellen können – oder vielleicht auch wollen. Weil sie die nächsten Jahrzehnte bestimmen wird, aber sich schon heute mehr denn je gesellschaftliche Konflikte daran entzünden. Es geht um ein Thema, bei dem der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat, so hat es eine Blitzumfrage von forsa in unserem Auftrag gerade gezeigt, besonders groß ist.

Es geht um den Klimawandel.

Ich zitiere: „Der Kampf gegen die Erderwärmung und die erforderlichen Anpassungsmaßnahmen sind und bleiben die zentrale Herausforderung unserer

Zeit.“ So steht es am Anfang in dem gestern von diesem dbb Gewerkschaftstag beschlossenen Leitantrag „Klimawandel und öffentlicher Dienst“.

Wie zentral diese Herausforderung ist, kann und sollte eigentlich längst allen Menschen klar sein. Spätestens mit dem einschneidenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz aus dem letzten Jahr ist außerdem deutlich geworden: Eine Politik, eine Gesellschaft, die den Rechtsstaat und die Grundrechte achtet, muss den Kampf gegen den Klimawandel im Sinne künftiger Generationen entschlossen führen. Und zwar deutlich entschlossener, als wir das bisher tun.

Ich möchte aber noch aus einem anderen Grund darüber sprechen. Ich nehme allerdings gleich vorweg – auch wenn es den einen oder anderen gerade auf der Medien-Tribüne vielleicht enttäuschen wird: Wir wollen niemanden anklagen, und ich habe auch nicht vor, mich hier am Rednerpult festzukleben!

Aber ernsthaft, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte über den Klimawandel sprechen, weil am Beispiel dieser Krise wie bei keiner anderen deutlich wird, welche Probleme wir im öffentlichen Dienst derzeit haben.

Es wird also in den nächsten Minuten leider nicht besonders heiter. Aber ich kann Ihnen jetzt schon versprechen, dass ich Ihnen zu guter Letzt einige berechtigte Hoffnung auf eine gute Zukunft mit auf dem Weg geben kann.

Steigen wir also ein: Klimawandel und öffentlicher Dienst!

Den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel habe ich in meinem Eingangsstatement schon erwähnt. Um es nochmal plastisch zu machen: Nach unseren Schätzungen fehlen uns bereits heute für eine halbwegs aufgabengerechte Personalausstattung beim Staat locker 360.000 Leute. Da reden wir sowohl von unbesetzten als auch von schlicht fehlenden Stellen.

Außerdem gehen in den kommenden zehn Jahren über 1,3 Millionen Beschäftigte in den wohlverdienten Ruhestand. Und weil das neben der schier großen Zahl gerne in Vergessenheit gerät: Mit diesen Kolleginnen und Kollegen gehen auch jahrzehntelange Erfahrung und Fachwissen.

Was bedeutet das für den Kampf gegen den Klimawandel? Nun, wenn ein Unternehmer heute nur eine neue Halle bauen will, dann dauert das sechs bis acht Jahre, weil in den Genehmigungsbehörden vielfach schlicht und ergreifend das Personal fehlt! Und nun rechnen Sie das mal auf eine oder gar mehrere Windkraftanlagen oder Solarparks hoch...

CO₂-Zertifikatehandel, Mindest-Einspeisevergütungen und weiß Gott noch was sind zweifellos wichtige Themen.

Aber man muss es so deutlich sagen: Der Kampf gegen den Klimawandel scheitert in diesem Land oft ganz einfach an einem unterbesetzten und schlecht ausgestatteten öffentlichen Dienst!

Das, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss und wird übrigens auch bei den im kommenden Jahr anstehenden Einkommensrunden – im Frühjahr mit Bund und Kommunen, im Herbst mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – eine Rolle spielen.

Natürlich: In erster Linie wird es bei den Tarifverhandlungen darum gehen, die Kaufkraft der Beschäftigten angesichts der galoppierenden Inflation zu bewahren. Unserer Forderung nach 10,5 Prozent mehr, mindestens 500 Euro, sind vor diesem Hintergrund absolut berechtigt!

Bei der Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten wird zudem die Einführung des Bürgergeldes eine Rolle spielen. Denn die höchstrichterliche Rechtsprechung ist eindeutig: Das Mindestabstandgebot gilt! Die Besoldung muss mindestens 15 Prozent oberhalb der staatlichen Grundsicherung liegen! Traurig genug, dass wir überhaupt auf diesen Mechanismus hinweisen müssen!

In den Einkommensrunden geht es aber eben nicht nur um die wirtschaftliche Teilhabe der aktuellen Kolleginnen und Kollegen.

Es geht immer auch um die Gewinnung von neuen Nachwuchs- und Fachkräften!

Hier ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise bei IT-lern und Ingenieuren, im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft aktuell nicht konkurrenzfähig!

Deshalb müssen wir Einkommens- und Arbeitsbedingungen und gerade auch das Berufsbeamtentum als tragende Säule des Staates mit all seinen Besonderheiten und hergebrachten Grundsätzen, dringend stärken!

Stichwort „Privatwirtschaft“: Auch die spürt selbstverständlich den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Dem Handwerk fehlen zwar auch wegen des demografischen Wandels die Fachkräfte, etwa für Gebäudesanierungen oder auch die Installation von Photovoltaikanlagen. Aber auch hier ist ein Teil des Problems hausgemacht. Oder besser *haushaltsgemacht!*

Weil wir in diesem Land für eine Schwarze Null im Haushalt unser Bildungssystem kaputtsparen!

Ob bei der frühkindlichen Bildung in den Kitas, in den allgemeinbildenden Schulen oder eben bei der Beruflichen Bildung: Personallücken ohne Ende, marode Infrastruktur, IT wenn überhaupt veraltet – das sind flächendeckende Probleme, das ist alles längst bekannt!

Dass bei dieser Misere in unserem Bildungssystem am Ende immer schlechtere Performance rauskommt, darf wirklich niemanden wundern.

Ein weiterer Grund, warum die Energiewende bei uns – wie so viele andere Infrastrukturprojekte – nur schleppend vorankommt, ist die komplizierte Bürokratie. Ich werde bei solchen Sätzen immer noch oft genug schräg angeschaut, diese Aussage erwarten die Leute nicht unbedingt vom Chef des Beamtenbundes. Aber unsere Leute leiden doch genauso wie die Unternehmen unter der oft überbordenden Regulierung! Denn sie schafft für alle Beteiligten unnötigen Mehraufwand und hemmt damit dieses Land!

Und da wissen wir mittlerweile nicht mehr nur die Wirtschaftsverbände auf unserer Seite. Langsam scheint das auch denen zu dämmern, die sonst nie genug bekommen konnten von nicht enden wollenden Beteiligungsverfahren und Käferschutz-Gutachten in x-facher Ausführung: Wenn das mit den Erneuerbaren klappen soll kann ich nur sagen: Höchste Zeit für diese Einsicht!

Doch damit nicht genug. Der Umgang mit dem Klimawandel verrät uns noch mehr über die Probleme des öffentlichen Dienstes. Und zwar im Hinblick auf die Vorbildfunktion des Staates. Nur ein Beispiel: Immer schärfer werden die Energiespar-Vorgaben für Wirtschaft und Bevölkerung. Politik will dem Häuslebauer

die Photovoltaikanlage auf dem Dach und das E-Auto in der Garage vorschreiben und reguliert in manchen Ländern sogar die Gestaltung der Vorgärten! Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Das kann man alles diskutieren, vieles mag auch sinnvoll sein. Aber von Parteien, die wahlweise die Eigenverantwortung oder den Umweltschutz hochhalten, möchten die Bürgerinnen und Bürger dann doch auch erfahren: Was macht eigentlich der Staat? Warum sitzt unsere Polizei in zugigen Revieren? Und warum pfeift unseren Kindern jetzt gerade in diesem Moment der kalte Novemberwind durch kaputte Schulfenster um die Ohren? Ich zitiere die „Süddeutsche Zeitung“ aus der vergangenen Woche: „Allein das Gesundheitswesen mit seinen energieintensiven Krankenhäusern ist für gut fünf Prozent aller CO₂-Emissionen verantwortlich – mehr als der viel gescholtene Flugverkehr und die Schifffahrt zusammen. Hinzu kommen Altenheime, Kindergärten, Behindertenwerkstätten, Wohnstätten, Frauenhäuser und viele andere soziale Einrichtungen.“ Zitat Ende.

Und deshalb sage ich: Wenn Politik es ernst meint mit dem Klimaschutz, dann gehört jedes öffentliche Gebäude saniert! Eine PV-Anlage aufs Dach! Und die Fahrzeugflotte jeder Behörde klimaneutral modernisiert! Sie wollen weniger Verkehrsemission? Dann schieben sie sich bei der Organisation eines attraktiven und bezahlbaren ÖPNV nicht immer gegenseitig die Verantwortung zu. Das ist unerträglich und grenzt schon an Arbeitsverweigerung! Und lassen Sie doch endlich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wo immer es möglich und von ihnen gewünscht ist, im Homeoffice arbeiten! So und nicht anders geht Vorbildfunktion, meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich könnte noch eine Weile so weitermachen. Ihnen davon erzählen, was steigende Temperaturen für die Pflege gerade von alten Menschen bedeuten. Für unser Gesundheitssystem insgesamt und die Menschen, die dort an der Belastungsgrenze und darüber hinaus arbeiten. Was Wettextreme für unseren Katastrophenschutz und unsere kritische Infrastruktur bedeuten, Stichwort „Ahrtal“.

Für die Fluchtbewegungen auf der Welt und alle, die damit befasst sind, von Sozialarbeit bis Sicherheit, hier insbesondere Bundespolizei und Zoll. Für unsere

Natur, unsere Wälder und damit für die Forstleute. Ich denke, anhand dieser Beispiele ist bereits deutlich geworden: Ohne einen starken öffentlichen Dienst werden wir keine Krise meistern. Und gerade der Klimawandel legt unsere Defizite schonungslos offen.

Ich möchte aber noch zu einem anderen Punkt kommen, weil er mir besonders wichtig ist.

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Krisen machen Angst. Und aus Angst wird nur allzu schnell Wut. Das haben wir mit Corona so erlebt und das erleben wir – wenn auch anders – mit dem Klimawandel. Der Ton in der Gesellschaft wird rauer, und auch das war und ist ein Problem gerade für den öffentlichen Dienst. Denn Angst und Wut entladen sich wiederum schnell in Gewalt – natürlich auch und gerade gegenüber den Repräsentanten jenes Staates, in den das Vertrauen ohnehin schwindet. Im Alltag von Polizei und Rettungskräften ist das schon lange traurige Realität. Aber mittlerweile gibt es ja kaum noch einen Bereich, der verschont bleibt. Das darf nicht sein. Wir dürfen den Respekt voreinander nicht verlieren.

Und deshalb sage ich beispielsweise auch zu denen, die sich da jetzt regelmäßig auf die Straßen kleben: Als Gewerkschafter verstehen wir, glaube ich, ein bisschen was von Streik und Protest. „Ein Arbeitskampf, der niemandem weh tut, ist nur ein Betriebsausflug“, sagt man bei uns. Aber wir wissen, dass mit Streik und Protest auch immer große Verantwortung einhergeht. Und man sich gut überlegen sollte, wen man damit wo trifft. Vor diesem Hintergrund muss ich deutlich sagen: Ich heiße Eure Mittel nicht gut, ganz und gar nicht!

Aber ich teile dennoch Eure Sorgen. Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, würde ich sagen: Wenn Ihr mit beiden Beinen auf dem Grundgesetz steht, wenn Ihr neue Wege beim Klimaschutz gehen wollt, dann kommt mit Eurer Leidenschaft und Euren Ideen doch in den öffentlichen Dienst und packt mit uns gemeinsam an! Nicht meckern, sondern mitmachen! Denn ohne den Staat, das ist klar, geht es nicht. Und Staat – machen wir!

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Politik steht in der Verantwortung. Sie ist es, die mit großen, strukturellen Grundsatzentscheidungen sicherstellt, dass Deutschland seine Verpflichtungen etwa aus dem Pariser Klimaschutz-Abkommen einhält – oder eben nicht. Jede und jeder kann mit ihren und seinem Verhalten, mit alltäglichen Entscheidungen einen Beitrag leisten, das ist klar. Aber die entscheidenden Weichen muss Politik stellen! Auch Europa muss krisenfester werden, denn unsere öffentliche Ordnung in Deutschland ist untrennbar mit der europäischen verbunden. Deutschland steht hier als bevölkerungsreichster und wirtschaftlich stärkstes Mitglied der Europäischen Union in besonderer Verantwortung.

Denn nur ein handlungsfähiges Europa kann die Stabilität unserer Ordnung auf diesem Kontinent sichern.

Deutschland und Europa stehen vor einem harten Winter, durch den wir dann gut kommen werden, wenn wir den Zusammenhalt stärken, innergesellschaftlich und ebenso auch innereuropäisch.

Da darf Solidarität keine Leerformel sein!!

Dabei hilft es nicht, wenn Bürgerinnen und Bürger sich über ein paar gefahrene Autokilometer oder einen Urlaubsflug zerstreiten! Wenn wir einen Klimawandel brauchen, dann in unserer Gesellschaft. Hin zu einem neuen Miteinander statt gegeneinander. Politik steht auch da in der Verantwortung! Nicht nur gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gerade auch gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die die Konsequenzen von Nicht-Handeln und Gegeneinander tagtäglich am eigenen Leib erfahren!

Und damit komme ich auch schon zu meinem letzten Punkt, nämlich zu etwas berechtigter Hoffnung auf eine gute Zukunft, die ich Ihnen versprochen habe.

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben vor einigen Wochen unsere Kampagne „Wir. Für euch.“ ins Leben gerufen. Unsere Botschaft: Der öffentliche Dienst ist für alle da! Eine

Krankenpflegerin, ein Paketzusteller, eine Finanzbeamtin, eine Zollbeamtin, ein Lokführer, ein Kommunalbeamter, eine Feuerwehrfrau, eine Straßenwärterin, ein Erzieher, eine Lehrerin, eine Technikerin, eine Justizvollzugsbeamtin, eine Polizistin: Sie alle sind tolle Menschen aus unseren Reihen, die genau dafür stehen!

Diese Kolleginnen und Kollegen sorgen 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche dafür, dass dieses Land funktioniert. Mit Einsatz und Leidenschaft. Mir macht das Hoffnung! Denn das ist es, was den öffentlichen Dienst ausmacht: Menschen im Dienst der Menschen! Und so lange wir die haben, wird mir um dieses Land nicht bange! Und für diese Hoffnung, die diese Beschäftigten mir und – das weiß ich sicher – auch so vielen Bürgerinnen und Bürgern geben, möchte ich mich heute gerne zusammen mit Ihnen bei allen bedanken.

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Applaus für unsere Kolleginnen und Kollegen!

Euer Applaus! Vielen Dank Euch und Ihnen allen, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lassen Sie uns gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und loslegen: Staat – machen wir! Vielen Dank.